



Auf die Gewerkschaft bauen?

Lithurgos Ipar* über den Gewerkschaftstag der IG BAU

In: *express* 11/2022

Mit einem Jahr Verspätung stand der Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bau- en Agrar-Umwelt Ende September 2022 wieder zur Wahl. Der coronabedingt verschobene Gewerkschaftstag mit knapp 300 Delegierten in Kassel verlief ohne größere Überraschungen, nicht aber ohne hitzige Diskussionen. Große gewerkschaftspolitische Richtungsentscheidungen wurden von der Verbandsspitze aber umschifft oder verschoben.

Bundesvorstand ohne personelle Veränderungen

Der »zeremonielle« Teil mit gewerkschaftlicher Prominenz nahm den ersten Tag ein, neben viel SPD-Prominenz kam hier die Initiative 19. Februar aus Hanau zu Wort, die mit dem gewerkschaftseigenen Georg-Leber-Preis ausgezeichnet wurde.

Noch vor den Wahlen am zweiten Tag wurde ein Antrag der Bundesfrauenkonferenz aufgerufen. Nachdem in der Gebäudereinigungsbranche in den letzten Jahren die deutlichsten Organisationsfortschritte stattfanden, liegt auch der Frauenanteil der vor allem als Baugewerkschaft wahrgenommenen Organisation inzwischen höher. Etwa 30 Prozent der Delegierten waren weiblich, und der Satzungsantrag auf eine geschlechterquotierte Doppelspitze fand in der Debatte zahlreiche Fürsprecher:innen. Bundesvorstand und Beirat hatten sich aber vorab schon dagegen ausgesprochen und ohne einen konkreten Personalvorschlag fiel der Antrag dann auch deutlich durch.

An der Basis ist die Mitgliederentwicklung ein Dauerthema. Die BAU hat in den letzten 20 Jahren über die Hälfte ihrer Mitgliedschaft verloren – auch im Vergleich mit den übrigen DGB-Gewerkschaften eine verheerende Bilanz. Eine selbstkritische Analyse oder gar politische Reflexion der Entwicklung blieb der Vorsitzende Robert Feiger aber auch auf Nachfrage in der Aussprache schuldig. Gleiches gilt für die übrigen Vorstandsmitglieder, aber trotz einzelner Kritik schien der Klärungsbedarf dann doch überschaubar: Alle Vorstandsmitglieder wurden (ohne Gegenkandidat:innen) mit über drei Viertel der Stimmen wiedergewählt.

Nicht nach Regieplan lief lediglich der Vorstandsbericht von Ulrike Laux, hier gingen die ihrem Vorstandsbereich angehörenden Gebäudereiniger:innen geschlossen zum Mikrofon, um sich für die erfolgreiche Tarifpolitik der letzten Jahre zu bedanken.

Nötige Strukturreformen abgelehnt

Nach Jahrzehnten der Talfahrt fällt es in vielen Bereichen immer schwerer, ausreichend Ehrenamtliche für Funktionen zu gewinnen. Mehrere Anträge, die die Verbandsstrukturen als Reaktion darauf anpassen wollten, fielen ebenso durch wie die seit der Zentralisierung 2007 immer wiederkehrende Forderung nach demokratischen Personalentscheidungen auch unterhalb der Bundesebene. Personalpolitik wird seitdem ausschließlich in Frankfurt gemacht. Auf regionaler und lokaler Ebene hat das Ehrenamt keine Möglichkeit mehr, nennenswerte personelle Entscheidungen zu treffen.

Personell wird auch die Jugend- und damit Nachwuchsarbeit stellenweise sträflich vernachlässigt. Eine kritische Masse, die die gewerkschaftlichen Strukturen selbstständig tragen könnte, findet sich nahezu nirgendwo mehr. Dabei ist der Nachwuchs am Bau, der von der Baukrise und den damit verbundenen Enttäuschungen der BAU gegenüber noch nicht voreingenommen ist, noch vergleichsweise offen für eine gewerkschaftliche Agenda. Ein schlüssiges Konzept für die Mitgliedergewinnung in Berufsschulen oder eine bundesweit abgestimmte Bildungsarbeit werden bisher dennoch auf die lange Bank geschoben, nicht zuletzt, weil hauptamtliche Kapazitäten lieber für kurzfristig drängendere Tätigkeiten eingesetzt werden. So kamen dann auch zahlreiche Anträge aus der Jugend und den Regionen, die mehr Personal oder andere Prioritätensetzungen zugunsten der Jugendarbeit forderten. Die erhofften Weichenstellungen blieben aber auch hier aus, allem Applaus für die nicht einmal 20 Delegierten aus der Jungen BAU zum Trotz.

Nachdem bereits zu Beginn der Antragsdebatte intransparente Verfahren und mangelnde Flexibilität der Antragskommission zu einer heftigen Kontroverse geführt hatten, wurde den Delegierten ein außerordentlicher Gewerkschaftstag zugesichert. Ob und wie dieser für grundlegende Reformen genutzt werden kann, wird seitdem in vielen Regionen diskutiert. Da die vorgesehene Zeit für die Debatten nicht annähernd reichte, wurden neben einer umfassenden Satzungsreform auch mehrere komplette Antragsgebiete dorthin verschoben.

Positionierung zu Wohnungspolitik und Umwelt

Zum Auftakt des Gewerkschaftstages war Feiger bereits mit der Forderung nach einem staatlichen Einkauf in große Wohnkonzerne mit einer Sperrminorität an die Presse gegangen. Der Vorschlag war von der Basis nicht mitgetragen und sollte wohl vor allem den Enteignungsforderungen Wind aus den Segeln nehmen. Der Berliner Bezirksverband hatte sich, entgegen der Linie der Bundesebene, bereits 2021 im Wahlkampf hinter das Volksbegehren zur Konzernteilnahme gestellt. Im Gegensatz dazu wurden auf dem Gewerkschaftstag reformistische Ansätze wie eine Senkung der Mehrwertsteuer auf sozialen Wohnungsbau und ähnliches, getreu dem Mantra »Bauen, Bauen, Bauen«, propagiert.

Während sich die BAU öffentlichkeitswirksam zur Umwelt- und Klimaschutzgewerkschaft ernannte, wurden Anträge mit ambitionierten Klimazielen ohne größere Debatte abgelehnt. Ansätze, etwa frühzeitige Transformationsstrategien für den von der BAU organisierten Klimakiller Baustoffindustrie zu entwickeln, kamen vereinzelt aus der Mitgliedschaft, fielen aber durch den Zeitdruck unter den Tisch.

Die Strategie der Bundesspitze, wegweisende Anträge durch eine kurzfristig eingebrachte schwammige Version des Anliegens zu ersetzen, ging in den meisten Fällen auf.

Kontroversen um Krieg und Friedenspflicht

Bei einer Positionierung zum Ukrainekrieg stand dem Antrag des Beirats eine einzige friedenspolitische Position aus der Basis entgegen. In der wohl emotionalsten Debatte der Konferenz wurde aus dem internationalistischen Antrag der Verzicht auf Waffenlieferungen in Spannungsgebiete rausgestrichen. Der auf die Ukraine beschränkte Vorstandsantrag gegen einen »Pazifismus um jeden Preis« wurde fast unverändert angenommen und stellte sich hinter die militärische Unterstützung der Ukraine.

Kurz vor Schluss des Gewerkschaftstages erst kam das Schlichtungsabkommen im Bauhauptgewerbe zur Sprache. In der BAU-Schlüsselbranche mit über 900.000 Beschäftigten sind die Parteien bei gescheiterten Verhandlungen zu einer wochenlangen Schlichtung verpflichtet, erst zu deren Ende dürfen Arbeitskämpfmaßnahmen wie Warnstreiks ergriffen werden. Die Verhandlungen der letzten Jahre kamen alle nicht mehr ohne Schlichtung aus, und so gilt manchen das Abkommen als Garant für – mehr oder weniger erfolgreiche – Abschlüsse. Angesichts des Mitgliederschwunds ist die Angst vor einer Niederlage im Arbeitskampf groß. Auf der anderen Seite standen Stimmen, die eine Rückbesinnung auf den Kampf als erfolgversprechendstes Mittel der Gewerkschaft forderten. Nach über 20 Jahren ohne Streik wächst hier die Sorge, dass ein Aufschub des Unvermeidbaren die Organisation nur Zeit und streikerfahrene Mitglieder kostet. Nach dem Aus für den historischen Branchenmindestlohn in die-

sem Jahr, trotz der Schlichtung, sehen sie in dem Prozess nur noch ein Mittel der Kapitalseite, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen.

Mit Blick auf die finanzielle Bedeutung der Tarifverträge war auch für branchenfremde Delegierte klar, dass diese Frage auf der großen Bühne diskutiert werden sollte. Auch führende Branchenfunktionäre wollten die Debatte ausdrücklich auf dem Kongress führen. Eine zweistellige Zahl von Anträgen aus verschiedenen Regionen forderte wahlweise eine vollständige Kündigung des Schlichtungsabkommens oder eine Neuverhandlung mit dem Ziel, Kampfmaßnahmen früher zu ermöglichen. Zentrales Argument gegen eine Kündigung waren der laufende Informations- und Diskussionsprozess in den Fachgruppen, der erst im Frühjahr enden soll und von den Betroffenen geführt wird. Beschlossen worden war der Diskussionsprozess jedoch erst, nachdem die ersten Anträge mit Kündigungswunsch eingereicht waren. Ob der Prozess in den Fachgruppen andernfalls in Gang gekommen wäre, ist also fraglich. Schlussendlich wurde die Kündigung in Kassel abgelehnt. Beschlossen wurde vom Kongress am Ende die Neuverhandlung des Abkommens, jedoch ohne Zeitplan und damit Verbindlichkeit.

Bis zum Anschlusskongress in ein bis zwei Jahren dürfte zumindest klar sein, ob sich die organisierten Bauleute für den kämpferischen Weg oder die »Sozialpartnerschaft« entscheiden haben.

** Lithurgos Ipar kommt aus Süddeutschland, ist im Baugewerbe beschäftigt und auch außerhalb des eigenen Betriebs in verschiedenen BAU-Strukturen aktiv.*

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12